

2664/AB XXIV. GP**Eingelangt am 07.09.2009****Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Anfragebeantwortung

NIKOLAUS BERLAKOVICH

Bundesminister



lebensministerium.at

An die
Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer

ZI. LE.4.2.4/0143 -I 3/2009

Parlament
1017 Wien

Wien, am 4. SEP. 2009

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Mag.^a Judith Schwentner,
Kolleginnen und Kollegen vom 10. Juli 2009, Nr. 2743/J,
betreffend Einsparungspläne bei den Bundesbediensteten
auf Kosten von Frauen

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag.^a Judith Schwentner,
Kolleginnen und Kollegen vom 10. Juli 2009, Nr. 2743/J, teile ich Folgendes mit:

Zu Frage 1:

1374 weibliche Bedienstete
1557 männliche Bedienstete

Zu Frage 2:

1181,37 VBÄ weibliche Bedienstete
1449,81 VBÄ männliche Bedienstete

Zu Frage 3:

83 weibliche Dienstnehmer und 44 männliche Dienstnehmer haben einen befristeten Vertrag.

Zu Frage 4:

80 weibliche Dienstnehmer und 42 männliche Dienstnehmer haben einen befristeten Vertrag als Karenzvertretung.

Zu Frage 5:

In 27 Fällen gibt es derzeit keine Karenzvertretung.

Zu den Fragen 6 und 7:

Nein.

Zu Frage 8:

Entsprechend der Aufnahmepolitik der Bundesregierung wird nur jede zweite solche Stelle nachbesetzt.

Zu den Fragen 9 und 10:

Die Bundesregierung hat am 16. Dezember 2008 einen Aufnahmestopp mit einigen begründeten Ausnahmen bis Inkrafttreten des Personalplanes 2009 vereinbart. Ausgenommen vom Aufnahmestopp waren Aufnahmen, für die das Verfahren bereits abgeschlossen war bzw. Aufnahmen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes insbesondere in Bundesschulen, im Bereich des Exekutivdienstes und des Bundesasylamtes. Damit wurde eine vorausschauende Ressourcenplanung im ersten Halbjahr 2009 sichergestellt.

Aufgrund dieses Beschlusses wurden 4 Stellen (alle mit Frauen) nach 3 Monaten und 5 Stellen (davon 2 mit Frauen) nach 6 Monaten nachbesetzt.

Der Bundesminister: